"A More Compassionate America?"— Die Sozial- und Bildungspolitik der Bush-Administration

Christian Lammert

ABSTRACT

The essay takes a close look at George W. Bush's social and education policy reforms during his two terms as president of the United States. Part one examines the ideological concept *com- passionate conservatism* and how it relates to Bush's social policy agenda. Part two analyzes the major legislative social and educational reform projects during Bush's first term. The third and final part of the essay takes stock of the social policy. In the process, the essay will focus on how successful President Bush was in the legislative process and how these reforms have affected the problem of poverty in the United States.

> We will reform Social Security and Medicare, sparing our children from struggles we have the power to prevent. We will reduce taxes, to recover the momentum of our economy and reward the effort and enterprise of working Americans.
>
> (Bush, "Inaugural Address 2001")

Bereits der Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2000 zwischen Al Gore und George W. Bush war gekennzeichnet durch unterschiedliche sozialpolitische Vorstellungen. Der Politikwissenschaftler David Stoesz sieht in dem Wahlkampf gar ein Referendum über den US-amerikanischen Wohlfahrtsstaat (487). Al Gore präsentierte sich als Kandidat, der Social Security (Rentenversicherung des Bundes) und Medicare (Krankenversicherung für Senioren) verteidigen wollte. George W. Bush kündigte hingegen an, er werde im Falle eines Wahlsieges die Teilprivatisierung von Social Security und eine Reform von Medicare einleiten und vorantreiben. Eingebettet in ein Bekenntnis zu einem sozial engagierten Konservatismus *(compassionate conservatism)* rüttelte Bush mit dieser Ankündigung an den Grundpfeilern des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaates.

In Rückblick auf die erste Amtszeit der Bush-Administration haben insbesondere liberale Demokraten wie Senator Edward Kennedy und progressive Reformer Bush vorgeworfen, auf die drängenden sozialen Fragen keine ausreichenden Antworten gefunden zu haben (Kennedy). Sie verweisen in diesem Zusammenhang immer wieder auf die unter der Bush-Administration gestiegene Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und die kontinuierlich gewachsene Anzahl amerikanischer Bürger, die über keine Krankenversicherung verfügen. Im Gegensatz dazu hat die Bush-Administration bereits am Ende ihrer ersten Amtsperiode im Jahre 2004 von einer positiven sozialpolitischen Bilanz gesprochen. Vor dem Hintergrund einer ökonomischen Rezession und den Terroranschlägen und unter Verweis auf eine Bildungsreform, die Reform von Medicare und der für die zweite Amtszeit vorgesehenen Reform zur Teilprivatisierung von Social Security, sprach Bush von einem "remarkable record of achievement" *(Record of Achievement 5)*.

Um eine sozialpolitische Bilanz der Bush-Administration zu ziehen, müssen drei Fragen genauer untersucht werden. Zum Ersten muss Bushs Bekenntnis zu einem mitfühlenden Konservatismus in seiner Bedeutung für die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in den USA untersucht werden. Bereits in seiner Antrittsrede verwies Bush darauf, "that deep, persistent poverty is unworthy of our nation's promise" ("Inaugural Address 2001"). Was bedeutet dies für die Armutspolitik und wie spiegelt sich dieser Anspruch in der Politik der Bush-Administration wider? Daran schließt sich die Frage an, wie es der Bush-Administration gelungen ist, ihre sozialpolitischen Vorstellungen im politischen Entscheidungsprozess durchzusetzen. Dies ist vor dem Hintergrund der vorherrschenden Polarisierung zwischen den Demokraten und Republikanern von Interesse. Insbesondere US-Präsidenten mit einer zentristischen Agenda sehen sich hier großen Problemen bei der Koalitionsbildung im Kongress gegenüber. Seit Beginn der 1990er Jahre sind die *moderates* unter den Kongressabgeordneten weniger geworden und die Parteien im Kongress sind ideologisch polarisierter (Bond und Fleisher 8). Somit ist die Unterstützungsbasis für eine moderate präsidentielle politische Agenda kleiner und die Opposition in Form von liberalen Demokraten und konservativen Republikanern größer geworden. Letztlich muss eine Bilanz auch immer nach den Folgen und Wirkungen der Reformen fragen: Sind die USA am Ende der Bush-Ära "mitfühlender" oder steckte hinter Bushs Reformpolitik eine "neoliberale Strategie," die über eine Politik der "tausend kleinen Einschnitte" den Sozialstaat ausblutet und dessen langfristige Überlebensfähigkeit infrage stellt (Stoesz 487; Weiss 35)?

1. "A More Compassionate America?"

Die sozialpolitische Bilanz seiner ersten Amtszeit zieht Präsident Bush im Jahre 2004 unter der Überschrift "A More Compassionate America" *(Record of Achievement* 33). Exemplarisch nennt Bush drei Bereiche, in denen sich der mit- fühlende Konservatismus am deutlichsten zeigen müsse: im Bildungssystem für Kinder, im Kampf gegen die Armut im eigenen Land und in der Hilfe gegenüber armen Ländern in der ganzen Welt. Allerdings lasse sich der mitfühlende Konservatismus nicht auf der staatlichen Ausgabenseite ablesen, er zeige sich vielmehr darin, wie eine Gesellschaft in die Lage versetzt werden kann, sich selbst zu helfen. Dies hatte Bush in seiner Antrittsrede wie folgt ausgedrückt: "Government has great responsibilities for public safety and public health, for civil rights and common schools. Yet compassion is the work of a nation, not just a government" (Bush, "Inaugural Address 2001"). In der Armutspolitik der Bush-Administration wird dies besonders deutlich. In einer Rede vor Mitgliedern des Commonwealth und des Churchill Clubs grenzt Bush den mitfühlenden Konservatismus deutlich von der traditionellen Armutspolitik in den USA ab, wenn er sagt:

> Compassionate Conservatism offers a new vision for fighting poverty in America. For decades, our nation has devoted enormous resources to helping the poor, with some great successes to show for it: basic medial care for those in need, a better life for elderly Americans. However, for millions of younger Americans, welfare became a static and destructive way of life. (Bush, "Commonwealth")

In der Reform der Familien-Sozialhilfe unter dem demokratischen Präsidenten Bill Clinton im Jahre 1996 sieht George W. Bush einen ersten wichtigen Schritt, um die Fehler der traditionellen Armutspolitik zu überwinden. Mit dieser Re- form, die unter dem Slogan "Ending Welfare As We Know It" bekannt wurde, ist auf der einen Seite eine strikte zeitliche Begrenzung des Bezugs von Sozialhilfe durch den Bund eingeführt worden, zugleich wurde auch der rechtliche Anspruch auf Sozialhilfe abgeschafft. Darüber hinaus sind Anreizelemente in das Sozialhilfesystem eingebaut worden, sowohl im Sinne einer Förderung von Weiterbidungs und Kinderbetreuungsmaßnahmen, als auch in einer fordernden bzw. strafenden Komponente, in der Leistungskürzungen möglich gemacht werden, wenn das Förderungsangebot nicht angenommen wird (Weaver 12). In der bereits zitierten Rede macht Bush auch deutlich, dass man den von Clinton eingeschlagenen Reformweg weiter beschreiten müsse:

> We need to continue to fully transform welfare in America. As Congress takes up welfare reform again in the coming weeks, we must strengthen the work requirements that prevent dependency and despair. Millions of Americans once on welfare are finding that a job is more than a source of income. It's a source of dignity. And by helping people find work, by helping them to prepare for work, we practice compassion. (Bush, "Commonwealth")

In Übereinstimmung mit dem traditionellen Konservatismus setzt auch der mitfühlende Konservatismus auf den Markt als primären Wohlfahrtsproduzen- ten. Allerdings erkennt der *compassionate conservatism* an, dass sich viele Amerikaner nicht auf dem Markt behaupten können und mahnt hier eine Verantwortung der Regierung zur Unterstützung dieser Menschen an. Es sei jedoch nicht die Aufgabe der Regierung, den Wohlstand neu zu verteilen, vielmehr müssten die weniger Privilegierten mit Fähigkeiten und Möglichkeiten ausgestattet werden, um sich Wohlstand selbst zu erarbeiten. So sagt Stephen Goldsmith, ein wichtiger innenpolitischer Berater der Bush-Administration, kritisch über die Funktion der Regierung: "Compassionate conservatives do not believe in big government programs that simply throw money at people, that discourage personal choice and responsibility, or that result in keeping people forever out of the mainstream of American government" (2).

Als zweites zentrales Element des *compassionate conservatism* macht Bush das Prinzip der Subsidiarität stark. Demnach sollen die sozialen Probleme auf der Ebene gelöst werden, auf der sie entstehen. Diesem Ansatz folgend versucht Präsident Bush gemeinnützige Sozialarbeit kommunal basierter Gruppierungen und hier insbesondere so genannte *faith-based organizations*, religiöse Institutionen, finanziell stärker zu unterstützen, damit diese Gruppierungen sich vor Ort den sozialen Problemen annehmen können. Für den Wohlfahrtsbereich wird somit deutlich, was hinter dem ideologischen Konzept des mitfühlenden Konservatismus steht; nämlich ein operativer aber nicht unbedingt finanzieller Rückzug des Staates aus dem Sozialhilfebereich und die Übernahme dieser Funktion durch *faith-based organizations* und andere private Wohlfahrtsorganisationen, die je- doch dafür in der Regel vom Staat finanzielle Unterstützung erhalten. Hinter dem Konzept steht die Erwartung, dass die kommunal organisierten *faith-based and community organizations* effektiver in der Sozialarbeit sind und so den Staat in

seiner Wohlfahrtsfunktion entlasten können. Allerdings liegen noch keine systematischen Analysen vor, die Aussagen über die Effektivität der Arbeit von *faith based organizations* zulassen (Kramer et al. 5). Die Einbindung von *faith-based organizations* in den Wohltätigkeitsbereich hat in den USA bereits Tradition. Im Zuge der Wohlfahrtsreform aus dem Jahre 1996 ist es den Einzelstaaten nach Artikel 104 des Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act erlaubt, die Verwaltung bestimmter Leistungsprogramme vertraglich an *faith-based organizations* abzutreten. In Denver beispielsweise obliegt die Ein- zelbetreuung von Leistungsempfängern unter TANF (Temporary Assistance for Needy Families) katholischen und jüdischen Wohlfahrtsorganisationen, die von den TANF-Behörden hierfür finanzielle Mittel bereitgestellt bekommen. In Birmingham, Alabama, bietet die Christian Service Mission im Auftrag der TANF Behörde ein Beratungsprogramm für Väter (Working for Kids) an (Kramer u. a. 25). Die Liste an Beispielen ließe sich beliebig weiter führen. Ganz unterschied- liche Aufgaben, die von der Essensausgabe über Kinderbetreuung bis zu Maß- nahmen zur beruflichen Weiterqualifizierung reichen, werden von *faith-based organizations* im Auftrag der TANF-Behörden überall in den USA angeboten. Die Bush-Administration versuchte im Rahmen des *compassionate conservatism* diesen gesellschaftlich-karitativen Wohlfahrtsbereich weiter auszubauen.

Wie lässt sich diese sozial engagierte Variante in die politische und ideologische Tradition des Konservatismus in den USA einordnen? Wie grenzt sich der *compassionate conservatism* beispielsweise vom Konservatismus der Reagan Administration ab und in welchem Verhältnis steht er andererseits zu Clintons zentristischer Politik des dritten Weges? Die intellektuelle Urheberschaft des Konzepts kann auf Marvin Olasky zurückgeführt werden, der in den 1990er Jahren mehrere Bücher zu diesem Themenkomplex publiziert hat, so auch das 1992 erschienene Buch *The Tragedy of American Compassion* und insbesondere das im Jahr 2000 publizierte Buch *Compassionate Conservatism: What It Is, What It Does and How It Can Transform America*, für das George W. Bush ein Vorwort verfasst hat. Olasky widmet dieses Buch den couragierten Armutskämpfern in den kirchlichen Einrichtungen, die dafür arbeiten würden, ein neues Amerika zu schaffen. In weiten Teilen besteht das Buch aus der Beschreibung einer Reise, die der Autor mit seinem Sohn unternommen hat, um die Arbeit der *faith-based organizations* in den amerikanischen Großstädten zu beobachten. Den mitfühlenden Konservatismus beschreibt Olasky dabei als eine neue politische Kraft an den Wurzeln der Bürger aller Glaubensrichtungen, Rassen und Ethnien, die einen neuen Weg biete, die Grundprobleme zu lösen, mit denen die unverschuldet Bedürftigen *(deserving Americans)* konfrontiert seien. Somit biete der mitfühlen- de Konservatismus eine einmalige Vision zwischen dem Staat, den zahlreichen Kirchen und den unzähligen privaten Wohlfahrtsorganisationen und wird von Olasky gar als wahre Neuerfindung von Wohlfahrt charakterisiert, als eine umfassende Revolution des Wohlfahrtsstaates und als eine Neudefinition des sozialen Sicherungsnetzes in den USA.

Die Prinzipien des *compassionate conservatism* bei Olasky lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen. Erstens basiere der Konservatismus mit Herz auf dem eigenständigen und engagierten Handeln der Bürger, die die Lösung sozialer

Probleme nicht dem Staat überlassen. Zweitens solle im Sinne der Subsidiarität jeweils die kleinste soziale Einheit für die Lösung sozialer Probleme zuständig sein: zunächst die Familie, dann die Nachbarschaft, dann die Gemeinde und erst in allerletzter Instanz der Staat. Drittens sollen die Bürger nicht nur unterstützt, sondern auch gefördert werden. Den Wohlfahrtsstaat kritisiert Olasky als zu fürsorglich: "The tendency of affluent Americans has been to turn poor people into pets, giving them food and an occasional pat on the head but not pushing them to be all they can [...]. Compassionate conservatives do not merely give the poor a safety net that may turn into a hammock; they provide a trampoline" (17-18). Viertens solle es jedem Einzelnen überlassen bleiben, welcher speziellen Einrichtung mit sozialen Programmen er sich zuwendet, um Unterstützung zu erhalten. Diese Organisationen seien prinzipiell gleichberechtigt, ganz gleich, welcher Religion sie angehören. Fünftens müsse die Effektivität der einzelnen Programme danach überprüft werden, inwieweit sie die Einzelschicksale positiv beeinflusst haben und ob die finanziellen Mittel angemessen verwendet werden. Sechstens und letztens sollten kirchliche Einrichtungen den größten Anteil an den Sozialprogrammen tragen, weil ihre Wirkung im Bereich der Sozialarbeit weitaus effektiver sei als die Tätigkeit nichtreligiöser Organisationen.

Marvin Olasky zählt neben Stephen Goldsmith zu den zentralen sozialpolitischen Ideengebern von Präsident Bush. Neben Büchern schreibt Olasky auch als Kolumnist für die bibeltreue Wochenzeitschrift *World Magazine*, in der seine Kolumne den Titel "Politik aus einer biblischen Perspektive" trägt. Olasky als einen fundamentalistischen Außenseiter zu beschreiben, würde jedoch zu kurz greifen, weil er sich längst zu einem bedeutenden Intellektuellen der religiösen Rechten in den USA und zum engen Berater der US-amerikanischen Präsidenten entwickelt hat. Olaskys Karriere und auch die seines ideologischen Konzeptes lassen einige interessante Rückschlüsse auf den Zustand des amerikanischen Konservatismus zu. Mit Hilfe des sozial engagierten Konservatismus konnte sich George W. Bush erfolgreich von dem in der amerikanischen Öffentlichkeit als hartherzig und kalt charakterisierten Deregulierungskonservatismus der Reagan-Jahre distanzieren und damit die Republikaner von dem Makel befreien, sie seien die Partei der Großverdiener.

Wie aber konnte sich das Konzept des *compassionate conservatism* in der öffentlichen Diskussion und insbesondere im rechten politischen Spektrum der USA durchsetzen? Gerade die traditionellen Konservativen in den USA mach- ten lange Zeit den Staat bzw. *big government* für alle Missstände im sozialen und wohlfahrtspolitischen Bereich verantwortlich. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die ideologische Neuausrichtung des Konservatismus unter Präsident Bush haben sicherlich die zwei Amtsperioden von Bill Clinton (Schreyer, "Sozi- al und Gesundheitspolitik" 41). Sowohl die Wiederwahl Clintons 1996 als auch seine hohen Popularitätswerte haben gezeigt, dass ein zentristischer Politikstil erfolgreicher erscheint, als ein radikaler Konservatismus ä la Newt Gingrich und der Republican Revolution von 1994, der gerade mit den Vorschlägen zu tiefen Einschnitten in populäre Sozialprogramme massiv an Zustimmung innerhalb der amerikanischen Bevölkerung verloren hat. Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik Clintons hat darüber hinaus die konservative Kritik an *big government* schwieri-

ger gemacht. Die Jahre von 1992 bis 2000 sind gekennzeichnet durch einen wachsenden Wohlstand der Mittelschicht und sinkenden Armutsraten bei gleichzeitigen Haushaltsüberschüssen vor allem während der zweiten Amtszeit Clintons. Der neue Reichtum breiter Gesellschaftsschichten und des Staates machte so die hergebrachte, bloß staatsfeindliche Rhetorik der Republikaner obsolet. Clinton überließ seinem republikanischen Amtsnachfolger eine Situation, die es den Konservativen schwer machte, mit ihren traditionellen Konzepten und der darin enthaltenen anti-staatlichen Rhetorik Unterstützung in breiten Wählerschichten zu gewinnen. An vier Faktoren wird dies besonders deutlich. Zum einen hinterließ Clinton seinem Nachfolger insbesondere in der Sozialpolitik grundlegend veränderte Rahmenbedingungen (Schreyer 122). Das Wirtschaftswachstum in den 1990er Jahren hatte die Einkommen in den USA auf breiter Front ansteigen und zugleich auch die Armutsraten sinken lassen. Auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Problemlösungskompetenz der Bundesregierung ist durch die erfolgreiche Reform der Sozialhilfegesetzgebung *(welfare reform)* aus dem Jahr 1996 deutlich angestiegen. Gerade diese Reform, auf die sich seit den 1970er Jahren sowohl die Kritik der Konservativen als auch der Unmut großer Bevölkerungsteile gerichtet hatte, beendete weitgehend die schleichende Legitimitätskrise der US-amerikanischen Sozialpolitik. Die Umwandlung der anhaltenden Defizite des Bundeshaushaltes in einen hohen Haushaltsüberschuss am Ende der Regierungszeit Clintons befreite darüber hinaus die politische und ökonomische Debatte aus dem engen Korsett chronischer Staatsverschuldung. Präsident Bush nutzte diese veränderten und zum Teil günstigen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und orientierte sich am erfolgreichen Politikstil Clintons. Dessen Wiederwahl 1996 und die hohen Popularitätswerte ungeachtet der Lewinsky-Affäre und des gescheiterten Impeachment-Verfahrens 1998/1999 deuteten darauf hin, dass Clintons zentristischer Politikstil auch für republikanische Politiker ein Erfolgsmodell sein könnte. Bush und seine Berater schienen dies erkannt zu haben und versuchten mit dem mitfühlenden Konservatismus im sozialpolitischen Be- reich die politische Mitte von rechts aus neu zu besetzen.

Der mitfühlende Konservatismus lässt sich insbesondere in seiner Rhetorik deutlich vom traditionellen Konservatismus unterscheiden (Kuypers et al. 2). Aber auch in den Politikinhalten lassen sich Differenzen nachweisen. Während die Anlehnung an Reagens traditionellen Konservatismus in der Steuer und Fiskalpolitik, wie auch in der Außen- und Sicherheitspolitik noch plausibel erscheint, zeigen sich insbesondere in der Sozial und Gesundheitspolitik deutliche Unterschiede. An erster Stelle muss hier genannt werden, dass Präsident Bush in seinen zwei Amtszeiten keinen vergleichbaren Drang zur Kosteneinsparung im sozialpolitischen Bereich gezeigt hat, wie dies Ronald Reagan während seiner Präsidentschaft tat.

Unter diesen haushalts- und fiskalpolitischen Rahmenbedingungen–und hier sind die Ausgaben für den Krieg gegen den Terror und die Militäreinsätze in Afghanistan und in Irak noch nicht berücksichtigt–ist ernsthaft zu fragen, welchen Stellenwert das Konzept des mitfühlenden Konservatismus hat. Als durch und umsetzungsfähiges politisches Konzept ist es wohl nur begrenzt tauglich, dafür aber–und die Wiederwahl von Präsident Bush 2004 kann als Beleg

herangezogen werden–als Legitimierungs- und Mobilisierungsrahmen einer Privatisierungspolitik im Sozialbereich. Aus einer solchen Perspektive lassen sich auch Kontinuitäten zur Politik der Bush sen.-Administration und dem dabei zu Grunde liegenden Leitmotiv der *kinder, gentler nation* und dem Vorschlag zur Stärkung gesellschaftlich-karitativer Gruppen aufzeigen. Dies kombiniert Bush mit einer an Präsident Nixon erinnernden Bereitschaft, Strukturreformen und neue Bundesprogramme rechtlich zu verankern und gegebenenfalls mit hohem finanziellen Einsatz zu fundieren. Aus einer solchen Perspektive kann man den *compassionate conservatism* als eine Art moralisches Rückgrat einer expansiv angelegten Sozialpolitik begreifen (Schreyer, "Sozial und Gesundheitspolitik" 41). Die fiskalpolitischen Rahmenbedingungen der zweiten Amtszeit stellen eine solche Deutung jedoch ernsthaft in Frage.

2. Bildungs und sozialpolitische Initiativen und Reformen der Bush-Administration

Eine Bilanz der Bildungs und Sozialpolitik der Bush-Administration erfordert aber nicht nur die Berücksichtigung der ideologischen Fundierung einer solchen Politik, sondern auch des machtpolitischen Kontextes. Hier spielen ins- besondere die starke parteipolitische Polarisierung in den USA und die macht- politische Beziehung zwischen dem Präsidenten und dem Kongress eine zentrale Rolle, die in einem erheblichen Maße die Durchsetzungsfähigkeit der Politik der Bush-Administration mitbestimmen. Zu Beginn der ersten Amtsperiode Bushs stand der Gesetzgebungsprozess noch deutlich unter dem Vorzeichen des knappen und umstrittenen Wahlsieges über Al Gore. Doch trotz dieses schwachen politischen Mandats hatte Bush kurz nach seinem Wahlsieg angekündigt, er wolle alle im Wahlkampf thematisierten innenpolitischen Gesetzesvorhaben ohne Ab- striche in den Kongress einbringen. Gleichzeitig kündigte Bush an, er wolle die vorherrschende Polarisierung zwischen den Demokraten und den Republikanern überwinden. Innenpolitisch sollten nach den Verlautbarungen der Bush-Administration in der ersten Sitzungsperiode des 107. Kongresses insbesondere Initiativen in der Bildungs-, Gesundheits- und Steuerpolitik höchste Priorität haben. Bush konnte hierbei in zentralen inhaltlichen Punkten auf sein reformkonservatives Wahlprogramm bauen, das auf die politische Mitte zielte und damit auch An- satzpunkte für eine notwendige Kooperation mit den Demokraten im Kongress beinhaltete. Insbesondere die Bereitschaft der Bush-Administration der Bildungs und Sozialpolitik zusätzliche finanzielle Mittel für die Lösung anstehen- der Probleme bereitzustellen, eröffnete Spielräume für eine Einigung zwischen Republikanern und Demokraten im Kongress.

Erfolg I: "No Child Left Behind"

Neben der erfolgreich durchgesetzten Steuerreform aus dem Jahre 2001 gehört die Bildungsreform, die Ende 2001 unter dem Titel "No Child Left Behind" ver

abschiedet wurde, ganz klar zu den innenpolitischen Erfolgen der Bush-Administration. Bereits im Wahlkampf nannte Bush die Bildung an zentraler Position seiner innenpolitischen Reformagenda. Dabei setzte sich Bush mit seinen Vorstellungen deutlich von den bisherigen Konzepten der Republikaner ab, die die Rolle des Bundes im Bildungsbereich zu Gunsten der Einzelstaaten zurücknehmen wollten. Bush forderte demgegenüber eine Erhöhung und Flexibilisierung der Bundeszuschüsse und sprach sich zugleich für eine verstärkte Erfolgsorientierung der Bundessubventionen aus. Bush plante, die Bildungsausgaben im Haushaltsjahr 2002 um rund 11 % auf 44,5 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Von den steigenden Bundesausgaben sollten sowohl die Grund und Sekundärstufe profitieren als auch die Studentenförderungen durch staatliche Darlehen (Pell Grants). Der Großteil der Mehrausgaben sollte in ein Programm zur Verbesserung der Lesefertigkeit von Grundschülern (Reading First Initiative) fließen (Bush, "No Child" 4). Mit dieser Reform voll- zogen sich nicht nur die größten Veränderungen in der Bildungspolitik des Bundes seit dem Elementary and Secondary Education Act (ESEA), es war auch ein wichtiger Schritt im Rahmen von Bushs Ankündigung, eine parteiübergreifende Koalition zu etablieren. Gerade die Bildungspolitik war für diese Zwecke ein geeigneter Politikbereich, weil eine Stärkung der Bildung von vielen US-Bürgern unterstützt wurde und auch bei den Wechselwählern ganz oben auf der Prioritätenliste stand.

Die Demokraten im Kongress reagierten allerdings zu Beginn skeptisch auf die Vorschläge der Administration und forderten eine Verdoppelung der angekündigten Mehrausgaben im Bildungsbereich. Umstritten war auch die von Bush vorgeschlagene Einführung von Gutscheinen (*vouchers*) im Wert von 1.500 US Dollar jährlich, die es Eltern mit Kindern in Schulen, die keine Leistungsfort- schritte aufweisen, einen Wechsel in eine bessere Schule ermöglichen sollen. Im April 2001 hatten sich Vertreter des Senate Education Committees und der Bush Administration auf einen vorläufigen Kompromiss in den Verhandlungen der Bildungsreform einigen können. Während Bushs Vorschläge zur Erhöhung der Bildungsausgaben und der Reform des Schulsystems auf eine breite, überparteiliche Zustimmung stießen, blieben wesentliche Teile des Reformwerkes umstritten. Der ausgehandelte Kompromiss führte vor allem in der umstrittenen Frage der *school vouchers* zu einer Einigung zwischen Demokraten und Republikanern. Die seit langem von Republikanern als Instrument zur Einführung eines Wettbewerbselementes in das Schulsystem geforderten *vouchers* wurden von den meisten Demokraten grundsätzlich abgelehnt. Nach dem Kompromiss sollten die Gutscheine nicht für die Finanzierung des Besuchs privater Schulen genutzt werden, sondern für die Bezahlung privater Nachhilfe und auch für den Wechsel in eine andere öffentliche Schule. Mitte Juni verabschiedete der Senat mit breiter Zustimmung aus beiden Parteien ein umfassendes Bildungsreformpaket, das im Wesentlichen mit dem präsentierten Kompromiss übereinstimmte und damit sowohl den Forderungen der Administration als auch denen der Demokraten im Senat entsprach. Für die Vorlage stimmten 91 Senatoren, dagegen lediglich 6 Republikaner und 2 Demokraten. Das Repräsentantenhaus stimmte der Vorlage ("No Child Left Behind") mit 381 zu 41 ebenfalls deutlich zu.

Der Erfolg der bildungspolitischen Initiative der Bush-Administration lässt sich zum einen mit der hohen Priorität erklären, die die Demokraten der Bil

dungspolitik zurechnen. Aber auch die auf die politische Mitte zielenden Vorschläge der Administration müssen hier erwähnt werden. Insbesondere die Flexibilität der Bush-Administration in Einzelfragen hat hier eine schnelle Einigung möglich gemacht. Entscheidend für die breite Zustimmung der Demokraten ist in erster Linie der Verzicht auf Fördermittel für den Besuch privater Schulen, die von Demokraten kategorisch abgelehnt werden. Zwischenzeitlich hatten die Demokraten zwar angekündigt, einen eigenen Gesetzesentwurf einzubringen, aber der republikanische Abgeordnete und Vorsitzende des House Committee on Education and the Workforce–John Boehner (R-OH)–kam den Demokraten in den angesprochenen Konfliktfragen so weit entgegen, dass diese auf einen eigenen Gesetzentwurf verzichteten (Fortier und Ornstein 152). Mit der Verabschiedung der Gesetzesvorlage konnten die Einzelstaaten mit einer Erhöhung der Bundeszuschüsse um rund acht Milliarden US-Dollar rechnen. Zudem können die Einzelstaaten über die Verwendung der Gelder relativ autonom entscheiden, im Gegenzug müssen sie allerdings in regelmäßigen Tests Fortschritte in den Bildungsleistungen der Schüler nachweisen. Da dies eine erhebliche Einmischung des Bundes in die Bildungssysteme der Einzelstaaten bedeutet, war es nicht verwunderlich, dass sich zahlreiche Gouverneure gegen die Reformen aussprachen. In nur wenigen Jahren hat sich in der Bildungspolitik des Bundes ein grundsätzlicher Wandel vollzogen. Unter Präsident Reagan konnte noch von einer minimalistischen Bildungspolitik des Bundes gesprochen werden, es wurde sogar diskutiert, das Bildungsministerium gänzlich abzuschaffen. Unter Präsident Clinton dann wurden freiwillige nationale Bildungsstandards gesetzt, und George W. Bush stärkte die Rolle des Bundes in der Bildungspolitik durch die Einführung von Leistungstests maßgeblich (Fusarelli 121). Zu Beginn von Bushs bildungspolitischer Initiative zeichnete sich noch wenig Widerstand auf Seiten der Gouverneure gegen die Reformen ab. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für die Kernprinzipien des Gesetzes aus, und auch Bushs Rhetorik fand Eingang in die Verlautbarungen der Gouverneure. Ein Grund für den Konsens in dieser frühen Implementierungsphase war sicherlich die geringe Aufmerksamkeit, die die Reformdiskussion in der Öffentlichkeit hatte. Somit konnten die Gouverneure kein politisches Kapital aus einer etwaigen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung ziehen. Doch trotz dieser grundsätzlichen Übereinstimmung mit den Kernprinzipien zu Beginn der Reformdebatte formierte sich dann Widerstand auf Seiten der Gouverneure und der einzelstaatlichen Legislativen. In mehreren vor allem republikanisch dominierten einzelstaatlichen Parlamenten wurden Resolutionen verabschiedet, die Kritik an der Ausgestaltung der Reformen übten (Prah). Insbesondere der Finanzierungsmodus der Reformen wurde hier kritisiert. So schrieb der kalifornische Gouverneur Gray Davis: "The federal government has promised States and local school districts funding to implement these important education programs and reforms" (Office of the Governor). Aus primär ländlich geprägten Staaten wurde kritisiert, dass es schwer wäre, die gesetzten Leistungsstandards zu erfüllen (Richard 25). Insgesamt formierte sich in beiden parteipolitischen Lagern Widerstand gegen das geplante Reformwerk. Generell kritisierten die demokratischen Gouverneure die Unterfinanzierung der Reform, während die republikanischen Gouverneure einen verstärkten Eingriff

des Bundes in die Belange der Einzelstaaten ablehnten (Dobbs 2). Mit einigen Konzessionen hinsichtlich der einzelstaatlichen Flexibilität bei den Leistungstests und erhöhten Finanzzuschüssen gelang es der Bush-Administration aber die Zustimmung der Gouverneure zum Reformprojekt zu gewinnen.

Erfolg II: Die Reform von Medicare

Einen zweiten innenpolitischen Reformschwerpunkt hatte Präsident Bush für das Krankenversicherungsprogramm Medicare angekündigt. Hier präsentierte er dem Kongress im Januar 2001 seine Vorstellungen zur Einführung einer Medikamenten-Zusatzversicherung *(prescription drug insurance)*. Die Diskussion über die staatliche Zusatzversicherung unter Medicare, der Krankenversicherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke, reicht bis weit in die Amtszeit von Bill Clinton zurück. Bush griff in seinem Wahlkampf die gescheiterte Reform in diesem Bereich auf und versprach, eine tragfähige Lösung zu finden. Sein anfängliches Konzept, Bundesmittel zur Förderung von Zusatzversicherungen bereitzustellen, die unter Regie und Beteiligung der Einzelstaaten eingerichtet werden sollten, entsprach zwar der klassischen konservativen Vorstellung, stieß jedoch im Kongress auf eine nur geringe Resonanz. Vor allem traditionelle konservative Republikaner forderten, die Medikamenten-Zusatzversicherung als Hebel für eine marktorientierte Strukturreform von Medicare und durchgreifende Kosteneinsparungen zu nutzen. Die Demokraten setzten dagegen mehrheitlich auf einen Ausbau des bestehenden Programms, das durch die gebündelte Marktmacht der Versicherten spürbare Preisnachlässe durchsetzbar machen sollte.

Nach den Vorstellungen des Weißen Hauses sollte der Bund den Einzelstaaten hierfür in den folgenden vier Jahren jährlich 12 Milliarden US-Dollar an Subventionen bereitstellen, mit denen die Medikamentenkosten für Senioren mit einem Einkommen, das bis zu 135 % der Armutsgrenze reicht, übernommen werden sollten. Darüber hinaus sollte den Senioren eine Notfallversicherung *(catastrophic coverage)* angeboten werden, die dann einspringt, wenn die Ausgaben für Medikamente im Jahr 6.000 US-Dollar übersteigen. Im Juni 2002 setzte die republikanische Parteiführung im Repräsentantenhaus ihre Bemühungen fort, eine von ihr unterstützte Gesetzesvorlage für eine Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren schnell zur Abstimmung zu bringen. Der Vorschlag des Repräsentantenhauses baute im Unterschied zu dem Alternativvorschlag aus dem Senat auf eine privatwirtschaftliche Lösung, die durch staatliche Zuschüsse für die einzelnen Versicherungsnehmer attraktiv gestaltet werden soll. Der Wettbewerb zwischen privaten Versicherungsanbietern sollte vor allem helfen, die hohe Kostensteigerung für Medikamente unter Kontrolle zu bringen. Kritiker befürchteten jedoch, dass nur wenige Versicherungen Policen zu den gesetzlich vorgeschriebenen Konditionen anbieten werden und der Wettbewerb somit nicht zu den erhofften günstigen Prämien für die Versicherten führen würde. Der verschärfte Wettbewerb der Parteien um die Aufmerksamkeit für ihre unterschiedlichen Lösungsvorschläge unterstreicht, dass die Aushandlung eines Kompromisses sowohl zwischen den Parteien als auch zwischen den beiden Kongresskammern zunehmend

schwieriger geworden war. Bereits zu Beginn der ersten Sitzungsperiode des 107. Kongresses zeigte sich ein erhebliches Maß an Polarisierung zwischen dem Präsidenten und den Demokraten im Kongress. Hier haben die Terroranschläge vom 11. September 2001 zu einer Welle der Überparteilichkeit nicht nur in sicherheitspolitischen Fragen geführt. Dieser Schulterschluss zwischen der Exekutive und der Legislative wurde auch in der US-amerikanischen Öffentlichkeit positiv aufgenommen. Präsident Bush konnte so etwas an politischem Handlungsspielraum zurückgewinnen, den er durch den überraschenden Mehrheitswechsel im Senat und der Rückkehr zu *divided government* verloren hatte.

Allerdings zeigte sich bereits kurz nach den Anschlägen, dass in der Innenpolitik die Bereitschaft der Demokraten zum Dissens gegenüber den Positionen der Bush-Administration größer war als im außen und sicherheitspolitischen Bereich. Die parteipolitischen Unterschiede manifestierten sich dann im Juni 2003 als das Repräsentantenhaus und der Senat unterschiedliche Versionen einer Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren verabschiedeten. Beide Gesetzesvorlagen sehen im Kern ähnlich strukturierte Medikamenten-Zusatzversicherungen für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke unter Medicare vor, unterscheiden sich jedoch in einer Reihe wichtiger Detailbestimmungen. Gravierender noch als die Details in den Ausgestaltungen waren aber die Abweichungen in den Rand und Zusatzbestimmungen beider Vorlagen. So sah die Senatsvorlage vor, dass in Regionen, in denen weniger als zwei private Anbieter auftreten, Medicare eine eigene staatliche Zusatzversicherung anbieten solle. Zudem sind die Zusatzleistungen für Senioren mit geringem Einkommen vergleichsweise großzügig ausgelegt. Demgegenüber sollten nach den Bestimmungen der Vorlage des Repräsentantenhauses zum einen die Steuerfreibeträge für medizinische Behandlungen drastisch aufgestockt werden, zum anderen sollte das Medicare-Programm ab 2010 generell für private Versicherungsanbieter geöffnet werden.

Vor allem am staatlichen Angebot von Medikamenten-Zusatzversicherungen und an einer verstärkten Öffnung für private Versicherungen sind die grundsätzlichen Differenzen zwischen den Parteien und ideologischen Lagern festzumachen. Ende November 2001 haben Senat und Repräsentantenhaus mit knappen Mehrheiten der Einführung einer Medikamenten-Zusatzversicherung unter Medicare zugestimmt. Im Repräsentantenhaus stimmten 220 Abgeordnete der Vorlage zu, der Senat verabschiedete die Vorlage mit 54 Ja-Stimmen. Bushs flexible Verhandlungsstrategie machte diesen Erfolg möglich. Im Verlauf der Diskussion ließ Bush die Koppelung an eine umfassende Strukturreform und Kosteneinsparungen umstandslos fallen. Zudem wurde das neue Programm unter die Aufsicht der Medicare-Behörde gestellt. Auch die Demokraten mussten einige bittere Pillen schlucken. Die Versicherung wird von privaten Anbietern getragen, die für jeden Versicherten unter Auflagen Bundessubventionen erhalten. Die Kosten für die Einführung der Zusatzversicherung sollen bis 2010 auf 400 Milliarden US Dollar begrenzt werden. Um dies zu erreichen, müssen die Versicherten Kosten für Medikamente von jährlich bis zu 3.600 US-Dollar selber tragen, erst darüber hinaus greift die Zusatzversicherung und deckt alle weiteren Kosten ab.

Ungeachtet der Vorbehalte konservativer Fraktionsmitglieder feierten die Republikaner die Annahme der seit mehreren Jahren debattierten Zusatzversiche

rung als großen Erfolg. Politisch gilt die Einführung der Medikamenten-Zusatzversicherung als wichtiger Etappensieg für Präsident Bushs Wiederwahl 2004. Die Einführung der Zusatzversicherung ist die erste strukturelle Reform des seit Mitte der 1960er Jahren bestehenden Medicare-Programms. Im Zeitraum bis 2013 sollen hierfür bis zu 400 Milliarden US-Dollar an Bundeszuschüssen zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben in den zehn darauf folgenden Jahren werden bereits jetzt mit über tausend Milliarden US-Dollar veranschlagt. Bemerkenswert ist, dass die Zusatzversicherung in der verabschiedeten Form deutlich von den ursprünglichen republikanischen Vorstellungen abweicht. Das zunächst von Präsident Bush vorgeschlagene Einzelstaatenprogramm, das mit Hilfe von Bundessubventionen aktiv gestaltet werden sollte, wurde nie ernsthaft diskutiert. Auch die von der Republikanischen Partei im Kongress geforderte Koppelung der Zusatzversicherung an einen Wechsel der Medicare-Versicherten zu privaten Anbietern konnte gegen- über den Demokraten nicht durchgesetzt werden. Als Zugeständnis an die konservativen Mitglieder des Kongresses sind vor allem die erhöhten Subventionen für Medical Saving Accounts (MSAs)—steuerbegünstigter Individual-Sparkonten für privat krankenversicherte Bürger—sowie Health Maintenace Organizations (HMOs) zu werten. Letztere haben sich jedoch in den letzten Jahren zusehends aus dem Versicherungsmarkt für Senioren zurückgezogen.

In beiden hier skizzierten Fällen ist der legislative Erfolg in erster Linie auf Bushs parteiübergreifende Vorschläge bzw. seine Kompromissbereitschaft gegen- über den Demokraten im Kongress zurückzuführen. Die Situation schien sich aus der Sicht der Administration zu verbessern, weil die Republikaner aus den Kongresswahlen 2002 als Sieger hervorgingen und die Grand Old Party unter den Bedingungen eines *unified government* bis zum Ende der ersten Amtsperiode von Präsident Bush regierten und so ihre programmatischen Zielsetzungen stärker akzentuieren konnten. Allerdings war die Mehrheit der Republikaner im Senat mit 51 Sitzen zu knapp, um die legislativen Vorhaben einfach durchzubringen. Mit Blick auf den Präsidentschaftswahlkampf deutete sich bereits an, dass die bei- den Parteien im Kongress ihr eigenes Profil schärfen wollten und so auch einem Kräftemessen im Kongress nicht aus dem Weg gingen. Die erste Sitzungsperiode des 108. Kongresses lässt sich dann auch unter den Schlagworten Polarisierung und Profilierung zusammenfassen. Allerdings gelang es Bush doch eine Zeit lang unter den Bedingungen des *unified government* den Aushandlungsprozess auch im innenpolitischen Bereich stärker zu bestimmen.

Misserfolg I: Privatisierung von Social Security

Allerdings müssen die restlichen sozialpolitischen Initiativen trotz des aus der Perspektive des Weißen Hauses verbesserten parteipolitischen Kontextes im Kongress als gescheitert betrachtet werden. Das gilt sowohl für den Versuch der Bush Regierung das prominente Bundesrentenversicherungssystem zu reformieren als auch für die unterschiedlichen Reforminitiativen im Sozialhilfebereich. Im Mai 2001 hatte Präsident Bush die Bildung einer 14-köpfigen Kommission unter dem gemeinsamen Vorsitz des früheren Senators Patrick Moynihan (D-NY) und des AOL

Time Warner Chefmanagers Richard D. Parsons angekündigt, die einen Vorschlag zur Reform der US-Bundesrentenversicherung ausarbeiten sollte. Bereits im Wahlkampf hatte Bush vorgeschlagen, Kürzungen bei den Rentenleistungen durch Personal Retirement Accounts–individueller Beitragskonten, die auch eine Geldanlage am Aktienmarkt erlauben und damit höhere Renditen in Aussicht stellen–zu kompensieren. Zu diesem Zweck sollten Teile der gegenwärtigen 12,4 prozentigen Rentenversicherungsabgaben auf Löhne und Gehälter in von den Beitragszahlern kontrollierte Anlagekonten umgeleitet werden. Im Dezember 2001, kurz nach den Terroranschlägen, machte die Kommission ihre Vorschläge publik. Allerdings boten die Vorschläge nicht den von der Bush-Administration erhofften Rahmen für eine umfassende Strukturreform. Vielmehr beschränkte sich die Kommission auf die Skizzierung von drei möglichen Reformoptionen als Anstoß für eine breite politische und gesellschaftliche Debatte. Die erste Option würde es den Renten- versicherten erlauben, 2 Prozentpunkte der gegenwärtigen Beiträge in Personal Retirement Accounts einzuzahlen. Im Gegenzug würden die Rentenansprüche um die ausgegliederten Beiträge verringert. Die zweite Option stellt Rentenversicherten frei, bis zu 4 % in Individualkonten einzuzahlen, wobei die Rentenansprüche auch entsprechend reduziert würden. Die dritte Option sieht im Unterschied zu den beiden anderen Optionen einen zusätzlichen Rentenbeitrag in Höhe von 1 % des Einkommens vor, der aus dem gesetzlichen Beitrag mit bis zu 2,5 % bezuschusst werden soll. Die Rentenansprüche würden dabei um die entgangenen Beiträge ge- kürzt (President's Commission to Strengthen Social Security).

In der zweiten Amtszeit hat die Bush-Administration ihre Reformvorschläge graduell konkretisiert. In einem Positionspapier aus dem Jahre 2005 unter dem Titel "Strengthening Social Security for the 21st Century" werden nochmals die Vorteile der Personal Retirement Accounts betont (Bush, "Strengthening Social Security" 5). Dabei spielen Begriffe wie *ownership*, *flexibility* und *control* eine wichtige Rolle. Außerdem wird betont, dass die angesparten Gelder auch vererbt werden können. Bei der Detailausgestaltung bleibt aber auch dieses Positionspapier noch sehr vage und verweist lediglich auf andere Programme wie z. B. den Thrift Savings Plan, eine freiwillige Rentenversicherung für Bundesangestellte und Kongressmitglieder, oder vergleichbare Programme für Angestellte im privaten Sektor.

Von demokratischer Seite wurden die drastischen Einschnitte und Kürzungen und die großen Risiken der Individualkonten kritisiert. Hier muss allerdings konstatiert werden, dass die Empfehlungen zunächst die gegenwärtigen Leistungsbezieher von diesen Kürzungen ausschließen würden. Zudem wird die Einführung einer Mindestsicherung für einkommensschwache Leistungsbezieher in Erwägung gezogen, die im bestehenden System noch nicht existiert. Damit würde die Einführung der Individualkonten auch erst in einer mittel bis langfristigen Perspektive zu effektiven Einsparungen führen. In kurzfristiger Perspektive würden die Reformen sogar enorme Zusatzkosten verursachen: Die Finanzierung der Übergangsphase von zwei Rentensystemen würde nach Berechnungen des Congressional Budget Office (CBO) jährliche Mehrkosten von geschätzten 100 Milliarden US-Dollar ausmachen (CBO 9). Interessanterweise besteht keine grundsätzliche Einigkeit bei der Frage, ob eine Reform, wie sie die Bush-Administration anvisiert, über-

haupt notwendig ist. Studien des Center for Economic and Policy Research, die sich auf Prognosen des Congressional Budget Office stützen, gehen davon aus, dass die Rentenversicherung ohne jegliche Reform noch bis 2052 stabil finanziert sei (Baker 2). Damit, so die Studie, sei die Rentenversicherung momentan so sicher wie noch nie in ihrer fast 70-jährigen Geschichte. Auch das Center on Budget and Policy Priorities (CBPP) widerspricht den von Präsident Bush prognostizierten zukünftigen Finanzierungsengpässen (Furman 1). Auf der einen Seite werden die aus dem Weißen Haus lancierten Daten als weit übertrieben eingeschätzt und kritisiert, und zugleich wird darauf verwiesen, dass die Kosten, die aus Bushs Steuersenkungen und Zuschüssen bei den Medikamenten-Zusatzversicherungen entstehen, um das Fünffache höher seien als die Einsparungen bei Social Security. Deutlich wird dies in den Berechnungen des CBPP, nach denen die Steuersenkungen für die reichsten 1 % der amerikanischen Familien zu Einkommensausfällen im US-amerikanischen Haushalt führen, die in etwa dem Betrag entsprechen, der bei der Rentenversicherung in den kommenden 75 Jahre fehlt (Kogan und Greenstein 1).

Wie aus den Studien ersichtlich wird, spricht aus einer ökonomischen und fiskalischen Perspektive relativ wenig für eine umfassende Strukturreform der Bundesrentenversicherung, wie sie Präsident Bush mit der Einführung von privaten Ansparkonten anvisiert hat. Allerdings lassen sich die Privatisierungsbestrebungen nicht in erster Linie aus einer ökonomischen Perspektive erklären. Hier zeigen sich also eher ideologische Interessen hinter der Teilprivatisierung der Rentenversicherung, in der die Kontrolle des Staates über die Pensionsfonds nicht geduldet wird. Die Position machte Bush auch in seiner "State of the Union Address" 2005 erneut deutlich, als er von den Vorteilen privater Rentenkonten sprach: "And the best of all, the money in the account is yours, and the government can never take it away" (Bush, "State of the Union Address"). Hier wird das traditionelle Misstrauen der Konservativen gegenüber der Bundesregierung deutlich. Auch aus einer grundsätzlich sozialpolitischen Perspektive würden mit der Reform der Bundesrentenversicherung enorme Veränderungen einhergehen. Social Security hat in den USA wie kaum ein anderes Regierungsprogramm die Armut erfolgreich bekämpft. Lag die Armutsrate in den 1930er Jahren bei alten Menschen noch bei über 50%, liegt sie heutzutage unter 10%. Dies wurde auch durch eine massive Umverteilung innerhalb des Programms erreicht. Geringverdiener erhalten im Verhältnis mehr Geld gemessen an ihrem Einkommen als Besserverdienende. Individuelle Sparkonten, wie Bush sie vorschlägt, zielen dem- gegenüber auf eine *ownership society* und transformieren Social Security zum Teil in einen privaten Ansparplan für das Alter.

Bushs Vorschläge zur Teilprivatisierung von Social Security werden von der Öffentlichkeit sehr kritisch bewertet. Nach Umfragedaten von Gallup im März 2005 sehen 56 % der Befragten keinen Reformbedarf und lehnen die Vorschläge der Bush-Administration ab, lediglich 35 % stimmen Bushs Krisendiagnose zu (Jones). Selbst in den politischen Reihen der Republikaner formiert sich vermehrt Kritik gegen die Vorschläge Bushs, zumeist resultierend aus der Angst, bei den nächsten Wahlen für die Politik von Präsident Bush abgestraft zu werden. So fragt der republikanische Abgeordnete im Repräsentantenhaus Rob Simmons (R-CT): "Why stir up a political hornet's nest [...] when there is no urgency?"

(zit. in Vandettei und Allen). Auch bei den Gewerkschaften, insbesondere bei der American Association of Retired Persons (AARP), die auch in einer breit angelegten PR-Aktion gegen Bushs Pläne Stellung bezog, formiert sich Kritik gegen die Einführung von Personal Retirement Accounts (White; Pear). Mit Blick auf den Machtwechsel im Kongress bei den *midterm elections* vom 7. November 2006 mussten Bushs Pläne zur Reform von Social Security wohl endgültig als gescheitert betrachtet werden.

Misserfolg II: Faith-Based Initiatives und Familien-Sozialhilfe

Neben der Bildung nannte Bush immer wieder die Stärkung der Arbeit von *faith-based organizations* im Wohlfahrtssektor als zentrales Element seines mit- fühlenden Konservatismus. Gerade mit dieser sozialpolitischen Agenda brach Bush mit der republikanischen Orthodoxie, indem er die Existenz des Wohlfahrtsstaates akzeptierte und zugleich versuchte, konservative Prinzipien einzubauen. Somit findet sich hier nicht nur eine politische Strategie, sondern auch ein neuer Ansatz konservativen Denkens über soziale Probleme und Armut (Mucciaroni und Quirk 169). Während es Bush gelang, in der Bildungsreform schnell einen parteiübergreifenden Konsens herbeizuführen, wurde sein Vorschlag zur Öffnung bestehender Förderprogramme des Bundes und zur Aufstockung der Subventionen für kirchlich-religiöse Gruppen mit wenig Begeisterung im Kongress aufgenommen. Zwar fand die Vorlage auch einige Anhänger unter den Demokraten, allerdings formierten sich sogleich deutliche Widerstände aus den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Richtungen. Konservative Protestanten und Katholiken bestanden auf größtmögliche Freiräume in Glaubensfragen, während progressive Gruppierungen und auch eine Mehrheit der Demokraten im Kongress an Nichtdiskriminierungsbestimmungen festhielten und die Förderungen für möglichst viele Gruppierungen einforderten. Gleichzeitig wurden auch Bedenken gegen eine mögliche Unterstützung extremistischer Gruppen wie die Nation of Islam oder die Church of Scientology laut. Generelle Vorbehalte gegenüber Bushs *faith-based initiative* wurden auch hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem ersten Verfassungszusatz und der dort festgelegten strikten Trennung von Staat und Kirche geäußert. Hier lassen sich zwei prinzipielle Argumentationen in der Diskussion aufzeigen (Sider und Unruh 46). Auf der einen Seite die strikte Interpretation der Entscheidung des Obersten Verfassungsgerichtes in Everson v. Board of Education (1947), wonach jegliche staatliche Unterstützung von Religion untersagt wird. Nach dieser Auslegung verstößt die *faith-based initiative* der Bush-Administration ganz klar gegen den ersten Verfassungszusatz. Die Bush-Administration stützt sich aber auf eine alternative Interpretation des ersten Verfassungszusatzes. Dieser Gleichbehandlungsgrundsatz wird in einigen jüngeren Entscheidungen des Obersten Verfassungsgerichtes deutlich, wie beispielsweise in Widmar v. Vincent (1981) oder Rosenberger v. Rector (1995). Hier wird argumentiert, dass religiösen Gruppierungen der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Leistungen nicht verwehrt werden kann (Sider und Unruh 47). Auch wenn diese Interpretation bis- lang noch nicht direkt auf die Frage der Finanzierung für soziale Dienstleistungen

angewendet wurde, sieht die Bush-Administration hier eine Möglichkeit, die Kooperation zwischen der Regierung und *faith-based organizations* mit dem ersten Verfassungsgrundsatz in Einklang zu bringen.

Zu Beginn der Amtszeit von George W. Bush sah es zunächst noch so aus, als ob er sich mit seinen Vorschlägen zu den *faith-based organizations* durchsetzen könne. Das Repräsentantenhaus hatte im Juli 2001 einen von Präsident Bush angeregten Gesetzesentwurf zur Förderung der Sozialarbeit von kirchlich-religiösen Gruppen angenommen. Für diese Vorlage stimmten 223 Abgeordnete, darunter auch 15 Demokraten, dagegen votierten 198, wobei sich nur 4 Republikaner gegen die Vorlage aussprachen. Im Senat formierte sich hier aber größerer Widerstand gegen die Vorschläge der Bush-Administration. Im Februar 2002 einigten sich die Vertreter der Demokraten und Republikaner im Senat und das Weiße Haus auf eine gemeinsame Kompromisslinie, die nur noch die gesonderte Steuerabzugsfähigkeit von Privatspenden an kirchlich-religiöse Verbände in Höhe von bis 400 US-Dollar pro Jahr und Steuerzahler vorsieht. Alle weiteren und kontroversen Elemente aus den Vorschlägen der Bush-Administration wurden aus der Kompromissvorlage ausgeklammert. Die Kosten der neuen Steuervergünstigungen wurden auf ca. 50 Milliarden US-Dollar über einen Gesamtzeitraum von zehn Jahren geschätzt. Der ursprüngliche Vorschlag Bushs hätte Gesamtausgaben von bis zu 84 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Damit musste Bush bei einem seiner wichtigsten programmatischen Vorschläge, der seinen Anspruch untermauern sollte, einen neuen sozial engagierten Konservatismus zu vertreten, einen herben Rückschlag hinnehmen.

Auch im Bereich der Familiensozialhilfe kann Präsident Bush bislang auf keine bessere Bilanz verweisen. Gemäß den Bestimmungen der Reform des Sozialhilfeprogramms aus dem Jahre 1996, insbesondere der Umwandlung von Aid for Families with Dependent Children (AFDC) in Temporary Assistance for Needy Families (TANF), liefen die Bestimmungen im Jahre 2002 aus und standen zur Überprüfung an. Bushs Vorschläge zur Novellierung konzentrierten sich auf zwei Aspekte: zum einen auf eine weitere Verschärfung der Arbeitsanforderungen an die Leistungsbezieher, die im Gegenzug erhöhte Zuschüsse für die Kinderbetreuung notwendig machen würden. Zum anderen wollte Bush insbesondere verheiratete Paare stärker fördern, um ihnen so eine Brücke aus der Armut zu bauen (Corbett 11). Ende März 2002 hatte das Repräsentantenhaus mit den Beratungen des von Bush vorgelegten Vorschlags zur Novellierung des Familien-Beihilfeprogramms begonnen. In der Debatte zeigten sich scharfe parteipolitische Auseinandersetzungen, bei denen die geforderte Verschärfung der Arbeitsauflagen für Sozialhilfeempfänger im Vordergrund stand (Walker und Wiseman 164). Diese Verschärfungen stießen bei demokratischen und bei republikanischen Gouverneuren auf breiten Widerstand. In einer Umfrage der National Governors Association (NGA) lehnten 39 von 44 antwortenden Staaten die neuen Auflagen kategorisch ab. Das Repräsentantenhaus nahm mit den Stimmen der republikanischen Mehrheit im Mai 2002 eine Gesetzesvorlage zur Fortschreibung des Familien-Sozialhilfeprogramms TANF an, das sich weitgehend an den Vorschlägen der Bush-Administration orientierte. Diese Vorlage sah vor, die Bundeszuschüsse an die Einzelstaaten für die Familien-Sozialhilfe auf dem 1996 beschlossenen Niveau von 16,5 Milliarden US-Dollar jährlich festzuschreiben. Umstritten blie-

ben weiterhin die Bestimmungen, wonach eine Erhöhung des Anteils der Leistungsbezieher, die an Arbeits-, Trainings und Bildungsangeboten teilnehmen, von 50 auf 70 % erhöht und die Anhebung der Arbeits- und Qualifikationszeiten von 30 auf 40 Stunden pro Woche vorgeschrieben werden sollte. Die Republikaner verteidigten die Verschärfung der Bestimmungen als zweiten logischen Schritt im Anschluss an die 1996 beschlossene Strukturreform der Familien-Sozialhilfe. Es dauerte dann aber bis ins Jahr 2006, bis die Reautorisierung der TANF-Gesetzgebung von beiden Kammern des Kongresses endgültig ratifiziert werden konnte (Allard 305). Auch wenn im Vergleich zum *war on terror,* der Reform bei Medi care und der umfangreichen Steuersenkungen die Reformen im Sozialhilfebereich eher marginal erscheinen und Reformen in diesem Bereich noch immer eher mit Präsident Clinton verbunden sind, so lassen sich auch unter der Bush-Administration wichtige Veränderungen aufzeigen. Einige davon gehen auf die Initiative der Bush-Administration zurück, andere wurden bereits unter Präsident Clinton auf den Weg gebracht und wurden von Bush fortgeführt. Die beiden Amtsperioden von George W. Bush setzten den Entwicklungstrend der 1996 eingeleiteten Reformen fort, in deren Folge die Einzelstaaten und Kommunen sich in ihren Funktionen und im Umgang mit der armen Bevölkerung neu ausrichten mussten. *Welfare checks* sind nicht mehr das Hauptinstrumentarium der Sozialhilfe, insbesondere *noncash assistance* und *social Services*, die den Sozialhilfeempfänger in die Lage versetzen sollen, möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, dominieren das Feld der Sozialhilfepolitik. Mit der Reautorisierung der TANF-Gesetzgebung 2007 wurden insbesondere die *work requirements* verstärkt. Dabei wurde auch der Maßnahmenkatalog erweitert, um diejenigen zu bestrafen, die die Umschulungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt nicht annehmen (Allard 324-25).

Parallel zur Verschärfung des Sozialhilfebezugs ist in den USA seit den 1990er Jahren der Earned Income Tax Credit (EITQ kontinuierlich ausgebaut worden. Das 1975 implementierte Programm wurde in den 1980er und 1990er Jahren durch mehrere Gesetzesnovellen stark ausgeweitet und inzwischen bieten auch 19 Einzelstaaten einen solchen Steuerkredit an. Eine alleinstehende Mutter mit einem Kind erhielt im Jahre 2006 für jeden verdienten Dollar 40 % an Steuerkredit bei einem Einkommen bis zu 11.340 US-Dollar im Jahr hinzu. Bei einem Familieneinkommen zwischen 11.340 und 14.810 US-Dollar wurde ein maximaler Steuerkredit von 4.536 US-Dollar gewährt und bei Einkommen dar- über reduziert sich der Steuerzuschuss immer weiter bis zu einer Obergrenze von 36.348 US-Dollar, ab der kein Steuerkredit mehr gewährt wird (Furman 2). Mit der Ausweitung in den 1990er Jahren haben sich die Programmkosten des EITC verdreifacht (Vestry 26). Die Transferzahlungen aus dem EITC haben vom Um- fang her bereits 1996 die Leistungen aus AFDC überholt (Elwood 61). Unter der Präsidentschaft Bushs ist der EITC das größte Leistungsprogramm für Familien mit Kindern. Im Jahr 2003 erhielten 19,3 Millionen Familien Leistungen im Um- fang von 34,4 Milliarden US-Dollar (Committee on Ways and Means 1-11). Diese drastische Ausweitung im Finanzumfang des EITC schwächte dann aber auch die überparteiliche Zustimmung, die den Steuerkredit lange politisch stabilisierte. So wurde kritisiert, der EITC habe sich zu einem zweiten Zweig des Sozialhilfen-

bereichs entwickelt, andere sahen keine ausreichenden Arbeitsanreize mehr, und von konservativer Seite wurde zudem kritisiert, mit dem Programm würden Eheschließungen verhindert, da auch Alleinstehende einen Anspruch auf den Kredit haben und es wäre zu wenig auf die wirklich Bedürftigen gerichtet (Holt 3). Jüngste Veränderungen in den Regularien des EITC unter Präsident Bush zielten dann auch auf eine stärkere Kontrolle der Anspruchsberechtigung (Internal Revenue Service 21), und weitere Steigerungen in den Leistungen wurden begrenzt auf verheiratete Paare (Gitterman, Cotton und Howard 11) und Militärpersonal.

3. Fazit

Insgesamt waren die zwei Amtsperioden von Präsident Bush gekennzeichnet durch ein hohes Maß an parteipolitischer Konkurrenz und der Bereitschaft zur programmatischen Polarisierung zwischen den beiden Parteien im Kongress. Damit setzte sich auch der seit den 1990er Jahren zu beobachtende Trend zur stärkeren Ideologisierung der parteipolitischen Lager in beiden Kammern des Kongresses fort (Bartels 36; Cox und Poole 478). Gerade in der Sozialpolitik führte diese verschärfte Konkurrenz und Polarisierung mit nur wenigen Ausnahmen wie der thematisierten Bildungsreform und der Teilreform von Medicare zu einer wechselseitigen Blockade der Gesetzesinitiativen. Dementsprechend liest sich die legislative Bilanz in diesem Politikbereich auch recht bescheiden, und es kann fast von einem Stillstand gesprochen werden. Die von Bush viel gepriesene Initiative zur Förderung kirchlich-religiöser Sozialarbeit konnte selbst in einer auf Steuersubventionen beschränkten Minimalversion nicht durchgesetzt werden. Und auch die Versuche einer Novellierung des Sozialhilfegesetzes, die in erster Linie auf erhöhte Arbeitsanforderungen der Leistungsbezieher abzielte, scheiterten am Widerstand der Demokraten im Kongress. Ebenso gescheitert ist der Versuch von Präsident Bush, eine Teilprivatisierung von Social Security durchzusetzen. Hier standen die Bedenken auf beiden parteipolitischen Seiten und der immense öffentliche Widerstand gegen die Pläne einer parteiübergreifenden Kompromisslösung im Wege. Insgesamt ist es Bush nicht gelungen, sein Versprechen einzulösen, die vorherrschende Polarisierung zwischen Demokraten und Republikanern zu überwinden.

Lediglich mit der Bildungsreform aus dem Jahre 2001 und der Durchsetzung der Medikamenten-Zusatzversicherung konnte Präsident Bush legislative Erfolge in der Sozial und Bildungspolitik vorweisen. Aber auch hier musste er große Zugeständnisse an die Demokraten machen, um einen parteiübergreifenden Kompromiss zu erzielen. Insgesamt muss gerade im Vergleich zur Präsidentschaft Clintons angemerkt werden, dass die sozialpolitische Agenda der Bush-Administration auf schwierige und umfassende Reformvorhaben verzichtete. Einzige Ausnahme ist hier der Versuch einer Teilprivatisierung von Social Security, die aber bereits in einer Frühphase gescheitert ist. Aber auch bei der Bildungsreform muss sich noch zeigen, ob hier mehr als nur eine symbolische Geste dahinter steckt. So wurden verbindliche nationale Test eingeführt, die aber für sich genommen noch keine Besserung im Bildungsbereich beinhalten. Darüber hinaus soll den Schü- lern der Wechsel auf eine bessere Schule ermöglicht werden, ohne dabei jedoch

deutlich zu machen, inwieweit die Qualität der Schulen insgesamt verbessert wer- den kann (Mucciaroni und Quirk 182).

Die legislative Bilanz der Bush-Administration lässt sich demnach als recht durchwachsen charakterisieren, und in vielen Bereichen, wie beispielsweise in der Sozialhilfe, führte Bush in erster Linie die Politik fort, die bereits unter Präsident Clinton eingeleitet worden ist. Was lässt sich aber über die sozialpolitische Bilanz der Bush-Administration sagen? Wie haben sich die Einkommen entwickelt, wie die Armut und wie der Abdeckungsgrad bei der Krankenversicherung? Die jüngsten Daten, die momentan vom Census Büro vorliegen, stammen aus dem Jahr 2007. Danach lag die offizielle Armutsrate 2006 bei 12,3 % leicht unter dem Wert von 2005 mit 12,6 %. Damit lebten 36,5 Millionen US-Bürger 2006 unter der Armutsgrenze. Die Armutsrate lag insgesamt deutlich über dem Wert von 2000 (11,3 %), als George W. Bush seine erste Amtsperiode antrat. Die Armutsrate ist damit um gut 1 % angestiegen, in absoluten Zahlen ausgedrückt: Im Vergleich zum Jahr 2000 lebten sechs Jahre später rund 5 Millionen mehr US-Bürger unter der Armutsgrenze.

Allerdings variieren die Werte für die einzelnen Bevölkerungsgruppen doch extrem. Eine unterdurchschnittliche Armutsrate im Jahr 2006 findet sich mit 8,2 % bei den Weißen (non-Hispanics); noch etwas unter dem Schnitt liegen auch die Asiaten mit 10,3%. Dagegen leben deutlich überproportional viele African Americans (24,3%) und Hispanics (20,6%) unter der Armutsgrenze. Im Ver- gleich zur Gesamtbevölkerung ist auch die Armutsrate bei Kindern mit 17,4 % überdurchschnittlich, während die US-Bürger, die über 65 Jahre alt sind, ein leicht geringeres Armutsrisiko (10,8 %) als die Gesamtbevölkerung tragen (De Navas, Proctor und Mills 11-12).

Insbesondere aus einer europäischen Perspektive muss die hohe Zahl von US-Bürgern, die keine Krankenversicherung besitzen, eine große Besorgnis hervorrufen. Zwar ist im Jahr 2006 sowohl der Prozentsatz als auch die Anzahl der US-Bürger mit einer Krankenversicherung im Vergleich zum Vorjahr von 15,3 % (249 Millionen US-Bürger) auf 15,8 % (249,8 Millionen US-Bürger) leicht angestiegen, allerdings ist zugleich die Anzahl der US-Bürger ohne Krankenversicherung im selben Zeitraum von 44,8 Millionen auf 47 Millionen ebenfalls angestiegen. Vergleicht man die Daten aus 2006 auch hier mit den Werten aus 2000, so ist die Zahl der Menschen ohne Versicherungsschutz bei Krankheit in den USA um mehr als acht Millionen angewachsen (DeNavas, Proctor und Mills 18-19). Diese Menschen leben auch unter einem erhöhten Armutsrisiko, weil sie im Krankheitsfall die medizinische Behandlung, die über eine Notversorgung in Krankenhäusern hinausgeht, aus eigenen Mitteln finanzieren müssten. Bilanzierend lässt sich sagen, dass sich mit der Sozial und Bildungspolitik der Bush-Administration ein Entwicklungstrend fortsetzt, der auch in zahlreichen anderen entwickelten Wohlfahrtsstaaten zu beobachten ist: die stärkere Förderung privater sozialer Absicherung und die Nutzung steuerpolitischer Instrumentarien mit sozialpolitischer Funktion (EITC). Am Scheitern der Teilprivatisierung von Social Security zeigt sich allerdings, dass selbst in liberalen Wohlfahrtsregimen die sozialpolitische Funktion des Staates in der Öffentlichkeit noch als notwendig betrachtet wird.

Verzeichnis der zitierten Literatur

Allard, Scott. "The Changing Face of Welfare during the Bush-Administration." *Publius: The Journal of Federalism* 37.3 (2007): 304-32.

Baker, Dean. "Saving Social Security in Three Steps." *Economic Policy Institute Briefing Paper* 1998. 13. Okt. 2006 <http://www.epinet.org/briefingpapers/ ss.pdf>.

Bartels, Larry M. "Partisanship and Voting Behavior, 1952-1996." *American Journal of Political Science* 44.1 (2000): 35-50.

Bond, Jon R., und Richard Fleisher, Hgg. *Polarized Politics: Congress and the President in a Partisan Era.* Washington: CQ P, 2000.

Bush, George W. "Inaugural Address." 20. Jan. 2001. White House. 12. Okt. 2006 <http://www.whitehouse.gov/news/inaugural-adress.html>.

—. "No Child Left Behind." 2001. White House. 14. Okt. 2006 <http://www.whhe house.gov/news/reports/no-child-left-behind.pdf>.

—. *A Remarkable Record of Achievement.* Washington: Morgan James, 2004.

—. "Speech to the Commonwealth and Churchill Club." San José 2002. White House. 12. Okt. 2006 <http://www.whitehouse.gov/news/releases/ 20020/04/20020430-5.html>.

—. "State of the Union Address." 2005. White House. 12. Okt. 2006 <http://www. whitehouse.gov/2005/02/20050202-l.html>.

—. "Strengthening Social Security for the 21st Century, 2005." 13. Okt. 2006 <http:// www.whitehouse.gOv/infocus/social-security/200501/socialsecurity.pdf>.

Committee on Ways and Means. *Green Book.* Washington: GPO, 2004.

Congressional Budget Office (CBO). "Updated Long Term Projections for Social Security 2006." 13. Okt. 2006 <http://www.cbo.gov/ftpdocs/72xx/doc7289/06- 14-LongTermProjections.pdf>.

Corbett, Thomas. "The New Face of Welfare in the US: From Income Transfers to Social Assistance." *Social Policy and Society* 2.2 (2002): 113-22.

Cox, Gary, und Keith Poole. "On Measuring Partisanship in Roll-Call Voting: The U.S. House of Representatives, 1887-1999." *American Journal of Political Science* 46 (2002): 477-89.

DeNavas, Carmen, Bernadette Proctor und Robert Mills. "Income, Poverty, and Health Insurance Coverage in the United States: 2006." 2007. US Census Bureau. 2. Feb. 2009 <http://www.census.gov/prod/2007pubs/p60-233.pdf>.

Dobbs, M. "More States Are Fighting 'No Child Left Behind' Law." *Washington Post* 19. Feb. 2004. 2. Feb. 2009 <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A52720-2004Febl8_2.html>.

Elwood, David. "The Impact of the Earned Income Tax Credit and Social Policy Reforms on Work, Marriage, and Living Arrangements." *Making Work Pay: The Earned Income Tax Credit and Its Impact on American Families.* Hg. Bruce D. Meyer und Douglas Holtz-Eakin. New York: Russell Sage Foundation, 2001. 56-84.

Fortier, John C., und Norman J. Ornstein. "President Bush: Legislative Strategist." *The George W. Bush Presidency: An Early Assessment.* Hg. Fred I. Green stein. Baltimore: Johns Hopkins UP, 2004.138-72.

Furman, Jason. "Does Social Security Face a Crisis in 2018?" 2005. Center on Budget and Policy Priorities. 13. Feb. 2006 <http://www.cbpp.org/l-ll-05soc-sec.pdf>.

Fusarelli, Lance D. "Gubernatorial Reactions to No Child Left Behind: Politics, Pressure, and Education Reform." *Peabody Journal of Education* 80.2 (2005): 120-36.

Gitterman, Daniel P, Kendra Davenport Cotton und Christopher Howard. *Tax Credits for Working Families: The New American Social Policy.* Washington: Brookings Institution, 2003.

Goldsmith, Stephen. "What Compassionate Conservatism Is—and Is Not." *Hover Digest* 4 (2000). 13. Okt. 2006 <http://www.hooverdigest.org/004/goldsmith.html>.

Holt, Sven. *The Earned Income Tax Credit at Age 30: What We Know.* Washing- ton: Brookings Institution, 2006.

Internal Revenue Service. *Compliance Estimates for Earned Income Tax Credit Claims on 1999 Returns.* Washington: Brookings Institution, 2002.

Jones, Jeffrey M. "Majority Disapproval for Bush on Social Security." 2. März 2005. Gallup News Service. 2. Feb. 2009 <http://www.gallup.com/poll/15097/ Majority-Disapproval-Bush-Social-Security.aspx>.

Kennedy, Edward. "Speech Delivered at the Brookings Institution." 5. Feb. 2004. Washington Brookings Institution. 12. Okt. 2006 <http://www.brookings.org>.

Kogan, Richard, und Robert Greenstein. "President Portrays Social Security Shortfall as Enormous, but His Tax Cuts and Drug Benefit will Cost at Least Five Times as Much." 11. Feb. 2005. *Center on Budget and Policy Priorities.* 2. Feb. 2009 <http://www.cbpp.org/l-4-05socsec.htm>.

Kramer, Fredrica D., et al. "Federal Policy on the Ground: Faith-Based Organizations Delivering Local Services." 28. Juli 2005. *The Urban Institute Discussion Papers.* 2. Feb. 2009 <http://www.urban.org/publications/311197. html>.

Kuypers, Jim A., et al. "Compassionate Conservatism: The Rhetorical Reconstruction of Conservative Rhetoric." *American Communication Journal* 6.4 (2003): 1-27. 2. Feb. 2009 <http://acjournal.org/holdings/vol6/iss4/articles/ kuypers.htm>.

Mucciaroni, Gary, und Paul J. Quirk. "Deliberations of a 'Compassionate Conservative': George W. Bush's Domestic Presidency." *The George W. Bush Presidency: Appraisals and Prospects.* Hg. Colin Campbell und Bert A. Rockman. Washington: CQ P, 2004.158-90.

Office of the Governor. "Governor Davis Calls on U.S. Senate to Appropriate Critical, Additional Funds to Education Legislation." Pressemitteilung. 3. Sept. 2003. 7. Feb. 2009 <http://governor.ca.gov/state/govsite/gov_htmldisplay.jsp?BV_SessionID=@@@@0796697162.1233590834@@@@&BV_EngineID=ccccadegfmdjifmcfngcfkmdffidfnf.O&iOID=52197&sCatTitle=Press+Release&sSubCat=null&sTitle=GOVERNOR+DAVIS+CALLS+ON+U.S.+SENATE+TO+APPROPRIATE+CRITICAL,+ADDITIONAL+FUNDS+TO+EDUCATION+LEGISLATION+09%2F03%2F2003&sFilePath=%2Fgovsite%2Fpress_release%2F2003_09%2F20030903_PR03095_NCLB_IDEA_FUNDING.html>.

Olasky, Marvin. *Compassionate Conservatism: What It Is, What It Means and How It Can Transform America.* New York: Free P, 2000.

Pear, Robert. "In Ads, AARP Criticizes Plan on Privatization." *New York Times* 30. Dez. 2004. 2. Feb. 2009 <http://www.nytimes.com/2004/12/30/politics/30retire.html>.

Prah, Pamela M. "Utah Considers Opting Out of No Child Left Behind." *Stateline.org* 30. Dez. 2003. 7. Feb. 2009 <http://www.stateline.Org/live/ViewPage.action?siteNodeId=136&languageId=l&contentId=15517>.

President's Commission to Strengthen Social Security. "Strengthening Social Security and Creating Personal Wealth for All Americans." *Report of the President's Commission.* Dez. 2001. 14. Okt. 2006 <http://www.csss.gov/reports/Final_report.pdf>.

Richard, Alan. "Rural States Concerned about Federal Law." *Education Week* 23.8 (2003): 25-27.

Schreyer, Söhnke. "Konservative Wende oder Reform? Die Sozial und Gesundheitspolitik der Clinton-Administration." *Supermacht im Wandel: Die USA von Clinton zu Bush.* Hg. Hans-Jürgen Puhle, Söhnke Schreyer und Jürgen Wilzewski. Frankfurt/M.: Campus, 2004.129-59.

—."Die Sozial und Gesundheitspolitik der Bush-Regierung." *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 45 (2004): 40-45.

Sider, Ronald J., und Heidi R. Unruh. "No Aid to Religion? Charitable Choice and the First Amendment." *Brookings Review* 17.2 (1999): 46-49.

Stoesz, Daniel. "The American Welfare State at Twilight." *Journal of Social Policy* 31.3 (2002): 487-503.

Vandettei, Jim, und Mike Allen. "In GOP, Resistance on Social Security." *Washington Post* 11. Jan. 2005: A1.

Vestry, Dennis J. Jr. "The Collision of Tax and Welfare Politics: The Political History of the Earned Income Tax Credit." *Making Work Pay: The Earned Income Tax Credit and Its Impact on American Families.* Hg. Bruce D. Meyer und Douglas Holtz-Eakin. New York: Russell Sage Foundation, 2001. 25-86.

Walker, Robert, und Michael Wiseman. "Leaving It Be: The 2002 US Debate on Welfare Reform." *Social Policy and Society* 2.2 (2003): 161-70.

Weaver, Kent. "Ending Welfare As We Know It." Washington: Brookings Institution 2000. 2. Feb. 2009 <http://www.brookings.edu/press/Books/2000/ending_welfare.aspx>.

Weiss, Robert P. "Charitable Choice as Neoliberal Welfare Strategy." *Social Justice* 28.1 (2001): 35-53.

White, Ben. "Labor Presses Case Against Privatizing Social Security." *Washington Post* 19. Jan. 2005: E3.